

II-9222 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

GZ 10.001/74-Parl/89

Wien, 23. November 1989

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Rudolf PÖDER

4249/AB

Parlament
1017 Wien

1989 -11- 30

zu 4377/J

Die schriftl. parl. Anfrage Nr. 4377/J-NR/89, betreffend fehlerhafte Inskriptionsbestätigungen in Innsbruck, die die Abg. Dr. Khol und Genossen am 17. Oktober 1989 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Bei dem Ausdrucken des "Historienblattes" traten an der Universität Innsbruck Probleme auf, weshalb die Studienbuchblätter und Inskriptionsbestätigungen einem Teil der Studierenden der Universität Innsbruck verspätet zugesandt werden mußte. Da etwaige nachteilige Folgen durch händische Ausstellung von Bestätigungen hintangehalten wurden, ist es unerfindlich, weshalb von skandalösen Umständen gesprochen wird.

ad 2)

Von fehlerhaften und verspäteten Verordnungen kann nicht gesprochen werden, ganz im Gegenteil wurde trotz dieser umfangreichen und komplexen schwierigen Materie sehr rasch gearbeitet und die Verordnungen und Erlässe in Geltung gesetzt, wobei allerdings zuzugeben ist, daß auf Grund der Vielzahl von notwendigen Erlässen sowie auf Grund der Knappheit der Zeit bzw. der Umstellung aller Bediensteten an den Universitäten auf das neue System eine größere Fehlerquote eintreten konnte.

ad 3)

Allfällige nachteilige Folgen für Studierende sind bisher weder der Universität Innsbruck, noch dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung bekannt und auch unwahrscheinlich, da die Universität Innsbruck jedem inskribierten Studierenden bei Bedarf eine in der Universitätsstudienevidenzverordnung vorgesehene händische Inskriptionsbestätigung ausgestellt hat.

ad 4)

Da alle Programme an der Universität Innsbruck sowie an allen anderen Universitäten und Kunsthochschulen funktionieren und sich die Umstellung auf das neue System der Immatrikulation, Inskription und Evidenthaltung von Studienerfolgen bereits in dieser kurzen Frist bewährt hat, sehe ich keine Veranlassung, "Vorkehrungen im Beamtenapparat zu treffen", im Gegenteil, ich bin allen engagierten Mitarbeitern für ihren Einsatz dankbar.

Der Bundesminister:

